

# DIE POLITISCHE ENTWICKLUNG INDIENS UND IHRE KONSEQUENZEN FÜR DIE INTERNATIONALE POLITIK

Dietmar Rothermund

## Politisches System und sozialer Wandel

Indien hat sich als größte Demokratie der Welt bewährt. Regierungen sind nach freien Wahlen nicht nur auf der Bundesebene, sondern auch in der großen Zahl von Bundesländern gebildet worden. Der friedliche Machtwechsel ist zum festen Bestandteil des politischen Systems geworden. Die Wahlen sind zwar gelegentlich mit gewalttätigen Auseinandersetzungen verbunden, aber diese bleiben sporadisch. Die Stabilität des politischen Systems hat sich auch darin bewiesen, dass das Militär nie eine innenpolitische Rolle gespielt hat und stets unter ziviler Kontrolle geblieben ist. Unter der Oberfläche demokratischer Kontinuität hat sich aber ein bedeutsamer politischer Wandel vollzogen. Lange Zeit herrschte die Kongresspartei als staatstragende und staatsgetragene Partei der „Mitte“ nicht nur auf der Bundesebene, sondern auch in den meisten Bundesländern. Das Mehrheitswahlrecht begünstigt eine Partei der Mitte bei „Dreieckswahlkämpfen“ in denen sich rechte und linke Opposition neutralisieren. Die Kongresspartei stützte sich unter anderem auf die großen „Minderheiten“ – Muslime und „Unberührbare“ – die im Rahmen des Mehrheitswahlrechts keine Chance hätten, mit eigenen Parteien Erfolge zu erzielen. Hätte Indien statt des Mehrheitswahlrechts ein Verhältniswahlrecht, so hätten solche Minderheiten sich politisch artikulieren können und ihre Parteien wären als Koalitionspartner in nationalen Regierungen vertreten gewesen. Doch unter den bestehenden Verhältnissen spielte die Kongresspartei die Rolle einer Dauerkoalition, die gerade deshalb nicht dazu bereit war, Koalitionen mit anderen Parteien einzugehen, selbst wenn dies zur Machterhaltung dringend erforderlich gewesen wäre.

Die Kongresspartei hatte sich schon im Freiheitskampf zur Bauernpartei entwickelt. Die Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre, die die indischen Bauern hart traf, hatte entscheidend zu dieser Entwicklung beigetragen. Mahatma Gandhi hatte bereits in den zwanziger Jahren diese Entwicklung vorbereitet, indem er die Kongressorganisation in den ländlichen Gebieten ausbaute. Gestützt auf die Bauern konnte die Kongresspartei nach Erlangung der Unabhängigkeit lange Zeit eine vom Druck städtischer Interessengruppen weitgehend freie Politik betreiben. Die Einbeziehung der erwähnten „Minderheiten“ stärkte die soziale Basis der Kongresspartei weiterhin. Die Muslims gehören in erster Linie städtischen Unterschichten an, die „Unberührbaren“ bilden die ländliche Unterschicht, deren Arbeitskraft von den landbesitzenden Bauern ausgenutzt wird. Mahatma Gandhi hatte sich für die „Unberührbaren“ eingesetzt und sie „Harijans“ (Gottesmenschen) genannt, sie selbst nannten sich statt dessen „Dalits“ (die Gebrochenen) und wiesen damit auf ihre nach wie vor problematische soziale Lage hin. Die Interessen der landbesitzenden Bauern und der Dalits stehen im Konflikt miteinander. Dies hätte es der Kongresspartei an sich unmöglich machen müssen, beide zu ihrer sozialen Basis zu machen. Doch die Dalits auf dem Lande sind meist so arm und von den Bauern abhängig, dass sie es nicht wagen konnten, einen ländlichen „Klassenkampf“ zu betreiben. Deshalb gelang es der Kongresspartei lange Zeit, den Frieden zu wahren und die Stimmen beider Seiten zu bekommen. In jüngster Zeit haben sich aber die sozialen Konflikte auf dem Lande verschärft. Wollte die Kongresspartei sich weiterhin auf die Dalits stützen, riskierte sie es, die Stimmen der reicheren Bauern zu verlieren. Der im Gefolge der „Grünen Revolution“ eingetretene soziale Wandel auf dem Lande hat diese Konflikte verschärft und die soziale Basis der Kongresspartei erschüttert.

Der soziale Wandel ergriff aber nicht nur die ländlichen Gebiete. Die Steigerung des Wirtschaftswachstums seit den achtziger Jahren hat ganz allgemein den Aufstieg einer

„Mittelklasse“ begünstigt, die zum größten Teil aus Hindus der höheren Kasten besteht. Diese „Klasse“ hat sich zunehmend von der Kongresspartei distanziert und favorisiert die Bharatiya Janata Party (BJP), die den Hindu-Nationalismus betont und den „minoritism“ der Kongresspartei kritisiert. Die „Mittelklasse“ unterstützt in den verschiedenen Bundesländern Regionalparteien, die auch im Bundesparlament immer mehr Sitze erringen konnten. Die BJP, die im Grunde selbst eine Regionalpartei ist, da ihre Hochburgen in den Hindi-sprechenden Bundesländern des Nordens sind, hat durch eine geschickte Politik der Wahlallianzen und der Koalitionsbildung die Macht auf der Bundesebene erringen können, ist aber dabei von zahlreichen Koalitionspartnern abhängig.

Die Regionalparteien versuchen übrigens auf ihre Weise ganz nach der Art der Kongresspartei in ihren Regionen eine breite soziale Basis zu erringen, die aber eben regionalspezifisch ist und nicht mehr eine allgemeine soziale Basis für die nationale Politik ergibt. Nun ist der Bundesstaat nach wie vor sehr stark und stellt sich seit jüngster Zeit auch als Atomstaat dar, der internationale Beachtung fordert. Der sehr unitarisch konstruierte indische Föderalismus gibt der Bundesregierung gegenüber den Landesregierungen eine sehr starke Position. Andererseits sind immer mehr Abgeordnete von Regionalparteien in das Bundesparlament eingezogen. Ohne ihre Unterstützung kommt keine Bundesregierung zustande. Der indische Föderalismus befindet sich daher ebenfalls in einer Phase des Wandels. In dieser Phase ist die Erringung und Erhaltung politischer Macht sehr prekär. Es ist zu hoffen, dass der demokratische Prozess letztlich zu einer konstruktiven Umbildung des politischen Systems führt, die den sozialen Wandel nachvollzieht.

### **Die politische und soziale Rolle der indischen „Mittelklasse“**

Der entscheidende Faktor in dem sich derzeit in Indien vollziehenden sozialen und politischen Wandel ist die bereits erwähnte „Mittelklasse“. Sie wird zwar allgemein so genannt, aber es handelt sich eher um eine „bemittelte“ Klasse – die oberen 10 bis 15 Prozent der Bevölkerung, die freilich im großen Indien rund 100 bis 150 Millionen Menschen ausmachen. Dieser breiten Schicht gehören die Politiker und die Produzenten der in den Medien verbreiteten „öffentlichen Meinung“ an. Sie bildet sowohl die „nationale“ Elite, als auch die der verschiedenen Regionen Indiens. Sie ist nicht auf die Kreise städtischer Kapitalisten und Gehaltsempfänger beschränkt, sondern bezieht auch die reichere Bauernschaft mit ein. Reiche Bauern haben in wachsenden Maße wenigstens einen ihrer Söhne zum Studium in die Stadt geschickt, um ihren Einfluss auch auf diese Weise zu sichern. Erfolgreiche regionale Politiker entstammen oft dieser Bauernschaft.

Der Ministerpräsident von Andhra Pradesh, Chandrababu Naidu, ist ein Musterbeispiel für diese Art von Regionalpolitikern. Er gehört der Bauernkaste der Kammas an und verfügt schon daher über ein weitverzweigtes politisches Netzwerk. Seine Partei „Telugu Desam“ (Teluguland, genannt nach der Landessprache von Andhra Pradesh) besitzt eine breite soziale Basis in diesem Bundesland, aber der Natur der Sache nach eben nur dort. Auf nationaler Ebene unterstützt diese Partei die BJP, die ihr auf der Landesebene kaum Konkurrenz macht. Als technologiebewusster Politiker, der selbst Bill Gates mit dem auf seinem Laptop installierten Informationssystem beeindruckt hat, ist Naidu ein Held der Mittelklasse, die er denn auch nach Kräften fördert – ohne dabei seine ländliche Basis aus dem Auge zu lassen. Das Verhältnis der Mittelklasse, die ihren Aufstieg dem Wirtschaftswachstum verdankt, zu dem noch weitgehend rückständigen ländlichen Indien, ist sehr problematisch. Rund zwei Drittel der indischen Erwerbstätigen arbeiten in der Landwirtschaft, erbringen aber nur ein Drittel des Sozialprodukts. Dieses Produktivitätsgefälle ist die Ursache für die immer noch weitverbreitete Armut Indiens. Nach offiziellen Angaben leben rund ein Fünftel der Inder unter der Armutsgrenze. Doch die entsprechenden Daten basieren in erster Linie auf der Berechnung der Nahrungsaufnahme und berücksichtigen andere Grundbedürfnisse nur marginal. Wenn man Behausung und Bekleidung, Zugang zu reinem Trinkwasser und

Gesundheitsversorgung mit in die Berechnung einbezieht, dürfte fast die Hälfte der Inder unterhalb der Armutsgrenze leben. Für die Mittelklasse ist die große Masse der Armen ein Klotz am Bein.

Doch nicht nur die ländliche Armut, auch die Strukturschwächen des industriellen Sektors bremsen den weiteren Aufstieg der Mittelklasse. Indien leidet an den Folgen jahrzehntelanger Planwirtschaft, die die Staatsbetriebe aufgebläht hat, deren große, meist unproduktiv eingesetzte Arbeiterschaft nicht entlassen werden kann, weil sie dann in Ermangelung eines sozialen Netzes zur politischen Belastung würde. Dringende Privatisierungsmaßnahmen werden so blockiert. Indien kann daher auf absehbare Zeit nur mit einem gebremsten Wirtschaftswachstum rechnen.

### **Der Konflikt zwischen Hindus und Muslims**

Die sozialen und politischen Probleme, die hier geschildert worden sind, führen immer wieder zu religionsgemeinschaftlichen Konflikten, die in jüngster Zeit verschärft aufgetreten sind, zumal sie nun auch im internationalen Kontext gesehen werden, von dem später noch die Rede sein wird. Sporadische Konflikte zwischen Hindus und Muslims hat es bereits in früheren Zeiten gegeben, doch haben die Herrscher schon zur eigenen Machterhaltung sich stets darum bemüht, solche Konflikte einzudämmen. Die Einführung demokratischer Institutionen, die zum ersten Mal der zahlenmäßigen Stärke der Religionsgemeinschaften politische Bedeutung verlieh, hat das Konfliktpotential erhöht. Die Muslims Britisch-Indiens wurden sich ihres Minderheitsstatus bewusst, sie fürchteten die dauerhafte Majorisierung durch die Hindus. Die Forderung nach der Teilung Indiens entstand so, doch die Teilung hat dann nur die Muslimmehrheitsgebiete abgetrennt, während die große Zahl der in der Diaspora lebenden Muslims in Indien verblieb. Es sind dies heute zirka 130 Millionen Menschen, diese Zahl entspricht etwa der erwähnten „Mittelklasse“ zu der vergleichsweise wenige Muslims gehören, so dass sie sich in erster Linie als Hindu-Mittelklasse darstellt.

Diese Hindu-Mittelklasse ist nicht nur durch wirtschaftliche und soziale Unterschiede von der Mehrzahl der indischen Muslims getrennt, sie versucht sich auch in ihrer Identitätsfindung von den Muslims abzugrenzen. Solche Identitätsfindung wird durch konflikträchtige Konfrontationen gefördert, die zugleich weitere Konflikte herbeiführen. Sowohl der indische Islam als auch der Hinduismus zeichnen sich durch eine große Vielfalt aus, die es schwer macht, eine eindeutige Identität zu finden. Der Hinduismus als „ismus“ ist ein von westlichen Gelehrten erfundener Sammelbegriff für eine Fülle von Kulturen und religiösen Bewegungen. Der indische Begriff „sanatan dharma“, den man als „wahren Glauben“ oder auch als „ewiges Gesetz“ übersetzen kann, deckt viele Ausformungen dieses Glaubens in Zeit und Raum. Der indische Islam wiederum, der sich in vielen lokalen Heiligenkulturen artikuliert, präsentierte sich ebenfalls als ein breites Spektrum indischer Religiosität.

Erst im Zuge des indischen Freiheitskampfes entstand ein Neo-Hinduismus, der eine Tradition nationaler Solidarität zu begründen versuchte, die jedoch die Muslims ausschloss, die nun ihrerseits eine einheitliche islamische Identität betonten, an der es in Indien offensichtlich fehlte. Fundamentalistische Bewegungen, die die vielen Heiligenkulte als „unislamisch“ bezeichneten und den Koran als einzige Quelle des Glaubens hervorhoben, bekamen in diesem Zusammenhang zunehmende Bedeutung.

Die Vereinheitlichung des „Hinduismus“ erwies sich als schwierige Aufgabe; eines nur kann man von jedem Hindu sagen – er ist kein Muslim. Dieses Gegenbild bot sich für die Identitätsfindung geradezu an. „Rechtgläubige“ Muslims wiederum sahen in den von indischer Religiosität infizierten Praktiken ihrer Glaubensgenossen eine Vermischung von Islam und Hinduismus, die es zu bekämpfen galt.

Die Teilung Indiens entschärfte das Konfliktpotential nicht, sondern erhöhte es noch. Pakistan wurde zum Gegenstaat Indiens und fand seine Identität letztlich nur in diesem Spannungsverhältnis. Hindu-Nationalisten wiederum sahen in der in Indien verbliebenen

Muslim-Minderheit eine fünfte Kolonne Pakistans und erhoben nicht selten die Forderung, die Muslims sollten doch in den Staat auswandern, der für sie geschaffen worden sei. Die praktische Unmöglichkeit einer solchen Völkerwanderung wurde dabei nicht erörtert. Schließlich leben derzeit in Indien fast ebensoviel Muslims wie in Pakistan. Bisher blieben solche Forderungen auch eher rhetorischer Art. Doch als Reaktion auf Anschläge islamischer Terroristen auf indischem Boden könnten sie an Bedrohlichkeit zunehmen, vor allem wenn die Initiative dabei nicht eindeutig von außen kommt, sondern auch indische Muslims an solchen Anschlägen beteiligt sind.

In diesem Kontext kommt den jüngsten Ausschreitungen in Gujarat eine nationale und internationale Bedeutung zu. Nachdem eine aufgebrachte Muslimumenge einige Wagen eines Eisenbahnzugs anzündete, in denen dann über 50 Hindus, meist Frauen und Kinder, verbrannten, folgte ein Pogrom in der nahen Millionenstadt Ahmedabad, bei dem über 600 Muslims den Tod fanden. Der BJP-Ministerpräsident von Gujarat hatte das Verbrennen der Eisenbahnwagen zunächst für einen terroristischen Anschlag gehalten. Da in den Monaten zuvor mehrere terroristische Anschläge auf indischem Boden erfolgt waren, lag diese Annahme nahe. Doch wurde durch diese Einschätzung das Pogrom in Ahmedabad vermutlich erst ausgelöst. Es stellte sich bald heraus, dass das Verbrennen der Eisenbahnwagen eine spontane Reaktion von Muslims auf Provokationen randalierender Hindus gewesen war. Diese Hindus waren Passagiere des Zuges, die mit Muslims Streit begonnen hatten, die – wie es in Indien üblich ist – auf einem Bahnhof Essen in die Abteile brachten. Als der Zug dann weiterfuhr, wurde mitten in einer Muslim-Ortschaft die Notbremse gezogen, und es rottete sich dort ein Mob zusammen, der den Brandanschlag verübte. Während dieser Konflikt offensichtlich spontan ausbrach, wies das darauf folgende Pogrom alle Anzeichen detaillierter Planung auf. Es wurden gezielt Gaststätten und Hotels, die sich im Besitz von Muslims befanden, niedergebrannt. Glücklicherweise gelang es, die Ausschreitungen einzudämmen und einen Flächenbrand zu verhindern. Doch die schreckliche Episode zeigte deutlich, welches Konfliktpotential vorhanden ist.

Die besitzende Hindu-Mittelklasse fürchtet solche Gewaltausbrüche, denn schließlich hat sie etwas zu verlieren. Andererseits findet sie den Hindu-Nationalismus durchaus attraktiv und unterstützt zu einem großen Teil die BJP. Diese Partei befindet sich deshalb in einem Spannungsverhältnis zwischen den Interessen ihrer Mittelklasse-Wählerschaft und ihren radikaleren Anhängern, die gegen die Muslims polemisieren und sich stets am Rande der Gewaltbereitschaft befinden.

### **Die Konfrontation der Atommächte und die Gefahr terroristischer Provokation**

Das beschriebene Konfliktpotential erhält internationale Bedeutung, weil sich in Südasien nun zwei Atommächte gegenüberstehen, der Muslim-Atomstaat Pakistan und das als Hindu-Atomstaat identifizierte Indien. Die Theorie der als friedenserhaltend einzuschätzenden gegenseitigen Abschreckung, die im Kalten Krieg eine Bestätigung erfahren hat, lässt sich nicht unbedingt auf Südasien übertragen, von dem Präsident Clinton treffend sagte, dass es zur Zeit wohl die gefährlichste Region der Welt sei. Zwei Szenarien möglicher nuklearer Eskalation sind nicht nur denkbar, sondern haben sich in Ansätzen bereits deutlich gezeigt. Das eine könnte man als die Versuchung der „brinkmanship“ bezeichnen, das andere als die Gefahr der Überreaktion auf terroristische Provokationen. Das erste Szenario hat sich bei dem vom pakistanischen Militär geplanten Überfall auf Kargil gezeigt. Es wurde hier weltweit zum ersten Mal demonstriert, dass Atommächte einen konventionellen Krieg gegeneinander führen können, wobei der Angreifer darauf vertraut, dass der Gegner sich sozusagen selbst fesselt, weil eine unter Bedingungen konventioneller Kriegführung übliche taktische Reaktion unterbunden wird, da sie eine nukleare Eskalation auslösen könnte. Als „brinkmanship“ wird dies hier deshalb bezeichnet, weil der Angreifer natürlich seinerseits riskiert, eine nukleare Eskalation auszulösen, aber sich dessen sicher zu sein glaubt, dass der Angegriffene nicht zur

Atomwaffe greift. Die Akteure in einem solchen Szenario sind die Regierungen und militärischen Führungen beider Staaten.

Beim zweiten Szenario sind die Akteure aber nicht nur die staatlichen Organe, sondern terroristische Organisationen, deren Planungen undurchsichtig sind und deren Aktionen oft von wenigen Attentätern vor Ort ausgeführt werden, die ihrerseits mitunter spontane Entscheidungen treffen müssen. Der Verlauf solcher Aktionen ist unberechenbar. Zufälle spielen dabei eine entscheidende Rolle. Die Konsequenzen wiederum sind ebenfalls unvorhersehbar, sie können vom folgenlosen Scharmützel bis zur nuklearen Eskalation reichen. Ein Musterbeispiel für diese zweite Szenario ist der Terroranschlag auf das indische Parlament vom Dezember 2001.

Der Anschlag wurde von zwei in Pakistan beheimateten muslimischen terroristischen Vereinigungen geplant, die vermutlich nicht im Auftrag der pakistanischen Regierung handelten, sondern eher die Absicht hatten, diese Regierung zu schwächen, weil sie die Amerikaner im Kampf gegen die Taliban unterstützte. Die Attentäter verkleideten sich als indische Polizisten und es wäre ihnen fast gelungen, in den Innenraum des Parlaments vorzudringen, in dem nicht einmal das Aufsichtspersonal Waffen tragen darf. Nahezu alle Minister waren zu jener Zeit im Parlament anwesend. Es hätte den Attentätern gelingen können, sie alle umzubringen. Doch die Attentäter wurden rechtzeitig erkannt und erschossen. Nun hätte man es bei diesem Scharmützel bewenden lassen können, doch die indische Regierung sah sich durch diesen Anschlag empfindlich getroffen. Der indische Premierminister Vajpayee stand vor einer ähnlichen Situation wie der amerikanische Präsident Bush nach der Zerstörung des World Trade Center. Er musste etwas unternehmen und ließ die indischen Truppen an der Grenze Pakistans aufmarschieren. Es blieb jedoch bei dieser Drohgeste. Beide Seiten waren nicht an einer Eskalation interessiert. Es hätte freilich ganz anders ausgehen können, wenn Vajpayee selbst dem Attentat zum Opfer gefallen wäre und seinen mächtigen Einfluss nicht mehr hätte ausüben können. Es gab zu jener Zeit Demonstrationen in New Delhi bei denen Plakate mit der Aufschrift „Do the war“ hochgehalten wurden. Da die Inder noch keinen ernsthaften Krieg auf ihrem Territorium erlebt haben und daher die Schrecken des Krieges kaum aus eigener Erfahrung kennen, kommt es in solchen Momenten oft zu einer patriotischen Kriegsbegeisterung, die für alle, die schon einmal einen Krieg erlebt haben, geradezu abstoßend wirkt. Doch muss man mit dieser Überreaktion rechnen – und das macht Szenarien dieser zweiten Art so gefährlich.

Die Terroristen, die den Anschlag auf das indische Parlament zu verantworten hatten, konnten letztlich nicht den Erfolg verzeichnen, den sie sich gewünscht hatten. Bis zu einem gewissen Grade erreichten sie aber doch, was sie beabsichtigt hatten. Die von den Amerikanern gestiftete Koalition gegen den Terror, der sich Pakistan und Indien angeschlossen hatten, wurde zunächst einmal erschüttert. Die Wirkungsweise sorgfältig gezielter terroristischer Provokationen war auf diese Weise deutlich demonstriert worden. Weitere Aktionen dieser Art sind nicht auszuschließen. Sogar ein Ineinandergreifen beider hier vorgeführten Szenarien ist denkbar. Es hätte sogar schon nach dem Anschlag auf das indische Parlament eintreten können. Vajpayee hätte der Aufforderung „Do the war“ folgen können und in Nachahmung des Kargil-Szenarios einen konventionellen Angriff auf Pakistan befehlen können, im Vertrauen darauf, dass Pakistan nun seinerseits nicht zur Atombombe greifen würde. Die Versuchung zur „brinkmanship“ ist schließlich auf beiden Seiten gegeben. Es kam hinzu, dass eine Welle patriotischer Begeisterung der BJP zu dieser Zeit durchaus zugute gekommen wäre. Es standen mehrere Landtagswahlen bevor, in denen die BJP dann Niederlagen erlitt. Vermutlich hätten die Ergebnisse anders ausgesehen, wenn Vajpayee als „Kriegsheld“ hätte auftreten können. Umso höher ist es ihm anzurechnen, dass er der Versuchung der „brinkmanship“ widerstanden hat.

Vajpayee verfügt bis 2004 noch über ein gesichertes Mandat für die von ihm geführte Regierung, es sei denn eine Koalitionskrise setzt der Regierung ein Ende. Zur Zeit gibt es

keine Anzeichen dafür, und es bleibt zu hoffen, dass sich Vajpayee auch bei zukünftigen Provokationen als besonnener Herr der Lage erweist. Doch durch die Möglichkeit unvorhersehbarer terroristischer Aktionen ist ein Unsicherheitsfaktor in die Politik Südasiens hineingeraten, der die Konfrontation der Atommächte zur ständigen Bedrohung des Weltfriedens macht.

### **Indien und die internationale Politik**

Vor dem Hintergrund dieser potentiellen Bedrohung des Weltfriedens durch die Konfrontation der südasiatischen Atommächte ist nun auch Indiens Stellung in der internationalen Politik zu sehen. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, die eine bedeutsame Rolle in Südasien gespielt hatte, ist nur die USA als Supermacht verblieben, die einen beträchtlichen Einfluss auf die Region ausübt. Mit Präsident Clintons Besuch im März 2000 wurde Indien in der Weltgeltung, die es anstrebt, entscheidend bestätigt. Die BJP, die derzeit Indien regiert, ist zwar einerseits sehr nationalistisch eingestellt, sie ist andererseits durchaus pro-westlich und neigt engeren Kontakten mit den USA zu. Auch hierin entspricht sie den Vorstellungen ihrer „Mittelklasse“-Wähler, denn in der indischen Mittelklasse ist der in den USA lebende „greencard holder“ besonders angesehen. Viele Mittelklasse-Familien haben Verwandte, die in den USA als Ärzte, Computerexperten, Ingenieure oder Geschäftsleute erfolgreich tätig sind. Bemerkenswerte Hindutempel in amerikanischen Großstädten sind äußere Zeichen dieser indischen Präsenz. Die politischen Sympathien der Mittelklasse-Indier für die USA gründen sich auf vielerlei soziale Verbindungen dieser Art. Die rasche Erklärung der indischen Regierung, dass man sich im „Krieg gegen den Terror“ als Bundesgenosse der USA betrachte, entsprach der derzeit in Indien vorherrschenden pro-westlichen Haltung, es bestand dabei freilich auch die Erwartung, dass Indiens eigener „Krieg gegen den Terror“ in Kashmir auf diese Weise siegreich beendet werden könne. In dieser Erwartung wurde Indien zunächst enttäuscht.

Die USA haben Südasien freilich nie einen hohen Stellenwert in ihren geostrategischen Überlegungen eingeräumt und sich kaum je als berechenbarer außenpolitischer Partner erwiesen. Unter Clinton erschien es für kurze Zeit so, als habe die amerikanische Politik langfristige Ziele im Sinn, wobei eine gleichgewichtige Beziehung zu den künftigen asiatischen Großmächten – Indien und China – eine Rolle spielen würde. Doch unter Bush, dessen „Krieg gegen den Terror“ neue Akzente setzte, waren solche Überlegungen bald wieder vergessen. Pakistan wurde wieder zum „Frontstaat“, wie einst unter Präsident Zia, der umfangreiche amerikanische Hilfe erhielt, als es darum ging, die Sowjetunion in Afghanistan zu bekämpfen. Im „Kampf gegen den Terror“ ging es wiederum um Afghanistan – diesmal aber unter einem anderen Vorzeichen. Die von Pakistan zuvor geradezu herangezüchteten Taliban sollten nun mit pakistanischer Hilfe besiegt werden. Wie es danach in Afghanistan und Pakistan weitergehen sollte, war für die Amerikaner zunächst nicht wichtig. Die Kurzfristigkeit und Kurzsichtigkeit amerikanischen Engagements machte sich wieder einmal bemerkbar. Indien konnte dies nur ernüchert zur Kenntnis nehmen, ändern konnte es daran nichts.

Die guten indischen Beziehungen zu Russland, die auch zu Zeiten der Sowjetunion nicht ideologisch motiviert waren, sondern dem beiderseitigen nationalen Interesse entsprachen, haben jeden Regierungswechsel überdauert. Sie werden auch in Zukunft fortbestehen, zumal Indien und Russland in Zentralasien weitgehend gemeinsame Interessen vertreten. Nun sind die Regierungen der zentralasiatischen Republiken noch weitgehend von den Männern beherrscht, die schon zur Zeit der Sowjetunion an der Macht waren. Sie geben sich „säkular“ und bekämpfen die islamischen Fundamentalisten, die auch in Zentralasien immer mehr Einfluss gewinnen. Doch sind die „säkularen“ Machthaber, mit denen Russland und Indien sympathisiert, Diktatoren, und der Widerstand gegen sie artikuliert sich in den islamistischen Bewegungen. Darin dürfte für Russland und Indien zukünftig ein ernstes Problem bestehen.

Die Beziehungen zu China, das ohne Zweifel Indiens bedeutsamster Rivale nicht nur in Asien, sondern in der Weltpolitik ist und dazu auch noch eine lange und immer noch nicht einvernehmlich demarkierte Grenze mit Indien hat, sind sehr komplex. Es gibt zwischen den beiden Ländern viele Konflikte aber auch eine gewisse Konvergenz in der wirtschaftlichen Entwicklung, die zu einer engeren Zusammenarbeit führen könnte. Es existieren bereits indisch-chinesische „joint ventures“ auf dem Gebiet der Informationstechnologie. Auf dem Gebiet der Energieversorgung konkurrieren Indien und China miteinander. Beide haben großes Interesse am Zugang zu den zentralasiatischen Ölreserven. China ist ein Bündnispartner Pakistans und hat es offensichtlich mit Raketen und auch mit Elementen der Nukleartechnologie versorgt. Es kann einen mäßigenden Einfluss auf Pakistan ausüben, es zugleich aber auch weiterhin als Gegengewicht zu Indien stärken. Während China viele Optionen in seiner Indienpolitik hat und davon auch Gebrauch macht, ist die indische Chinapolitik vergleichsweise beschränkter in den Optionen und unbeholfener in ihrer Nutzung. Indien hat in jüngster Zeit widersprüchliche Signale in Richtung China gesendet. Einerseits wurden die Grenzfragen auf Eis gelegt, und man ist übereingekommen, eine „line of control“ zu respektieren, über deren genaue Lage aber nichts Näheres verlautbart wurde. Auch hat Indien wiederholt betont, dass es Tibets Zugehörigkeit zu China nicht in Frage stelle, wenn es auch weiterhin dem Dalai Lama Asyl gewährt, dem jedoch nie gestattet wurde, eine tibetische Exilregierung auf indischem Boden zu errichten. Andererseits verkündete der indische Verteidigungsminister, dass die indischen Atomwaffen als Gleichgewicht zu denen Chinas dienen sollten. Er wurde bald darauf zu einem „Sicherheitsdialog“ nach China eingeladen. Zur Zeit bemühen sich beide Seiten um „politische Korrektheit“ in den diplomatischen Beziehungen.

Das Dreieck USA-China-Indien wird in Zukunft für die Weltpolitik immer bedeutsamer werden. Die Versuchung, dass jeweils einer die beiden anderen gegeneinander auszuspielen trachtet, liegt dabei nahe, aber es könnten sich auch Kooperationsmöglichkeiten ergeben. Indien und China nehmen einander sehr ernst und wissen einander wohl auch richtig einzuschätzen. Vermutlich ist China aber besser über Indien informiert, als Indien über China, doch das könnte sich ändern. Der Unsicherheitsfaktor in dem erwähnten Dreiecksverhältnis ist freilich die Sprunghaftigkeit der amerikanischen Politik, die sich immer wieder bemerkbar macht. Die amerikanischen Politiker tendieren dazu, die schiere Übermacht der USA als gegeben zu betrachten und darauf zu vertrauen, dass sich alle außenpolitischen Probleme letztlich immer im amerikanischen Interesse regeln lassen. Das tragische Ereignis vom 11. September 2001, das den Amerikanern eine Verwundbarkeit vor Augen geführt hat, die sie nie für möglich gehalten haben, mag in dieser Hinsicht Anlass zum Umdenken geben. Im Rahmen eines solchen Umdenkens würden die amerikanischen Politiker vielleicht auch Indien mehr Aufmerksamkeit schenken, das sie bisher meist nur sporadisch zur Kenntnis genommen haben, wenn es in Südasiens akute Probleme gab.

In jüngster Zeit ist viel von Globalisierung die Rede. Man meint damit eine vor allem durch vielfältige Wirtschaftsbeziehungen vernetzte Welt. In einem solchen Netzwerk kann jedes Ereignis weitreichende Wechselwirkungen erzeugen. Dem müsste eigentlich auch ein globalisiertes politisches Problembewusstsein entsprechen, das erkennt, dass das Schicksal der Menschen dieser Welt auf vielfältige Weise miteinander verknüpft ist und jede politische Entscheidung Wirkungen haben kann, an die man in der Beschränkung des eigenen Horizonts zunächst gar nicht denkt. In diesem Sinne wurde hier ein Überblick über Indiens Entwicklung und ihre weltpolitischen Konsequenzen gegeben.

**Univ.-Prof. Dr. Dietmar Rothermund**, geboren 20.1.1933 in Kassel (Hessen). Studium: Geschichte und Philosophie in Marburg und München 1953–1956 und an der University of Pennsylvania, Philadelphia, 1956–1959 (Ph.D. 1959). Forschungsstipendiat der DFG in Indien 1960–1962, Visiting Fellow, Australian National University, Canberra 1962, wiss.

Mitarbeiter des Südasieninstituts der Universität Heidelberg seit 1963, Habilitation (Neuere Geschichte) 1967, Lehrstuhl für Geschichte Südasiens 1968–2001 (emeritiert).  
Weitere Forschungsaufenthalte in Indien 1964/65, 1969/70, 1980/81, 1985/86, 1995/96.  
Geschäftsführender Direktor (Leiter) des Südasieninstituts 1970–73, 1980–84, 1989–96.  
Dekan der Philosophisch-Historischen Fakultät, Universität Heidelberg, 1976–77. Fellow of the Royal Historical Society, London (seit 1988), Chairman, European Association for South Asian Studies (seit 1997).